

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 26.11.2009

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 19:45 Uhr bis 20:00 Uhr (bei TOP 6)
 20:50 Uhr bis 21:10 Uhr (nach TOP 10)
Ende: 21:30 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen
Herr Bürgermeister Helling
Herr Bürgermeister Grube

CDU

Herr Lux Fraktionsvorsitz
Frau Brinkmann, P.
Frau Grünewald
Herr Henrichsmeier
Herr Hoffmann
Herr Jung
Frau Kammeier
Herr Kleinesdar
Herr Kleinkes bis 20:00 Uhr (bis TOP 6, Sitzungsunterbrechung)
Herr Krumhöfner
Herr Meichsner
Herr Nettelstroth
Frau Niederfranke
Herr Nolte
Frau Osthus
Herr Röwekamp
Herr Rüther
Herr Strothmann
Herr Dr. von der Heyden
Herr Weber
Herr Werner

SPD

Herr Fortmeier Fraktionsvorsitz
Frau Biermann
Frau Brinkmann, D.
Herr Garbrecht
Frau Gorsler
Herr Hamann
Frau Klemme-Linnenbrügger
Frau Kopp-Herr
Herr Kranzmann
Herr Lufen

Herr Nockemann
Herr Plaßmann
Frau Schneider
Frau Schrader
Herr Sternbacher
Herr Stucke
Herr Suchla
Herr Tsapos
Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Schulze Fraktionsvorsitz
Herr Bolte
Herr Gutknecht
Herr Julkowski-Keppler
Frau Dr. Ober
Frau Pfaff
Herr Rees
Herr Dr. van Norden

Die Linke

Frau Schmidt Fraktionsvorsitz
Frau Ilgün
Herr Ocak
Herr Dr. Schmitz

FDP

Herr Buschmann Fraktionsvorsitz
Herr Bolte
Frau Burkert
Herr Sander

BfB

Herr Schulze Fraktionsvorsitz
Herr Delius
Herr Grün

Bürgernähe

Herr Schmelz
Herr Dr. Wixforth

Nicht anwesend:

Frau Keppler Bündnis 90/Die Grünen
Frau Künnemann Bündnis 90/Die Grünen
Frau Rathsmann-Kronshage Bündnis 90/Die Grünen

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke
Dezernat 1
Frau Beigeordnete Ritschel
Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss
Dezernat 4
Herr Beigeordneter Kähler
Dezernat 5

Frau Ley
Frau Stude

Herr Kricke
Frau Gottwald
Frau Busch-Viet
Frau Bockermann
Herr Schlüter

Büro Oberbürgermeister
Büro des Rates
(Schriftführerin)
Büro des Rates
Büro des Rates
Büro des Rates
Presseamt
Presseamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Auf die Frage von Herrn Oberbürgermeister Clausen, ob Ton- und Filmaufnahmen des WDR zugelassen werden, erklären nicht alle Ratsmitglieder ihr Einverständnis. Herr Oberbürgermeister Clausen kündigt an, das Thema „Ton- und Filmaufnahmen während der Sitzung“ in einer der nächsten Sitzungen des Ältestenrates zu besprechen.

Herr Oberbürgermeister Clausen ehrt Herrn Bürgermeister Helling und Herrn Hamann für ihre 25jährige Mitgliedschaft im Rat und überreicht ihnen einen Blumenstrauß. Ebenso ehrt er Herrn Henrichsmeier, der seit 30 Jahren Ratsmitglied und damit am längsten im Rat vertreten und zugleich der Altersvorsitzende ist.

Sodann eröffnet Herr Oberbürgermeister Clausen die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Auf seinen Vorschlag fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgende Dringlichkeitspunkte erweitert:

**TOP 17.1 „Stadtumbau West Sennestadt
hier: Durchführung eines freiraumplanerischen
Wettbewerbs“
Drucksache 0055/2009-2014**

**TOP 17.2 „Gremien, in die der Rat Vertreter/-innen entsendet
hier: Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen-
Lippe -Verbandsversammlung“**

- einstimmig beschlossen -

Herr Schulze (BfB-Fraktion) stellt für seine Fraktion den Antrag, den Punkt 8 „Ausschreibung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat 2 (Schule/Bürger/Kultur)“ zu vertagen. Ein Beigeordneter nebst Stab verursache in 8 Jahren einen Aufwand von rd. 3 Mio. €. Angesichts der schlechten finanziellen Lage der Stadt Bielefeld und dem bevorstehenden Nothaushaltsrecht sei es daher keine verantwortungsvolle wirtschaftliche Entscheidung, jetzt eine Beigeordnetenstelle auszuschreiben und zu besetzen. Für den Fall, dass der Rat dem Antrag nicht folge, werde seine Fraktion den Vorgang zur Überprüfung an die Bezirksregierung weiterleiten.

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion) erwidert, dass die Beigeordnetenstelle schon lange vakant sei und losgelöst von der Diskussion zur Haushaltslage schnellstmöglich besetzt werden müsse. Er appelliere daher, dem Antrag der BfB-Fraktion nicht zu folgen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der BfB-Fraktion:

*Der TOP 8 „Ausschreibung der Beigeordnetenstelle für das Dezer-
nat 2 (Schule/Bürger/Kultur)“ wird vertagt.*

- bei 5 Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der
Ratssitzung am 29.10.2009**

Beschluss:

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am
29.10.2009 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Neuwahl des Gesamtsprechers der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld

Herr Oberbürgermeister Clausen berichtet, dass Herr Brandinspektor Ulrich Rüter am 09.01.2010 als Gesamtsprecher der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld ausscheide. Nachfolger sei Herr Brandinspektor Detlef Eickelmann, der zurzeit noch Bezirkssprecher des Brandschutzbezirks Süd sei.

-:-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Zu Punkt 3.1 **Steuerausfälle
(Anfrage der Fraktion Die Linke vom 17.11.2009)**

Drucksachennummer: 0118/2009-2014

Text der Anfrage:

Die Fraktionen und Gruppen des Rates wurden am 5. November darüber informiert, dass die Stadt mit zusätzlich 60 Millionen Euro Einnahmeausfällen bei Gewerbe- und Einkommenssteuer für das laufende Jahr rechnen muss.

Frage:

In welcher Höhe sind die genannten zusätzlichen Einnahmeausfälle auf Steuererleichterungen der Bundesregierung seit Herbst 2008 zurückzuführen?

Zusatzfrage:

In welcher Höhe werden diese Steuererleichterungen voraussicht-

lich die Haushalte der Stadt in den kommenden Jahren belasten?

Herr Stadtkämmerer Löseke antwortet, dass die Entwicklung der kommunalen Gewerbe- und Einkommensteuereinnahmen neben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch durch Veränderungen des Steuerrechts geprägt sei. Beide Aspekte würden regelmäßig im Rahmen des jährlich im Mai und November tagenden „Arbeitskreises Steuerschätzung“ berücksichtigt. Die Ergebnisse dieser Prognosen seien auch für die kommunale Planung der Steueransätze von zentraler Bedeutung. Bei der Berücksichtigung der steuerrechtlichen Veränderungen stütze sich der Arbeitskreis auf die seitens des Bundesministeriums für Finanzen (BMF) in den jeweiligen Gesetzentwürfen angegebenen finanziellen Auswirkungen für den Bund, die Länder und die Gemeinden. Die konkreten Werte dieser Regelungen für eine einzelne Kommune ließen sich jedoch nur näherungsweise definieren. Nach der aktuellen Steuerschätzung von November 2009 würden die Steuereinnahmen aller Gemeinden im Jahr 2008 rd. 77 Milliarden € betragen. Das entsprechende Rechnungsergebnis der Stadt Bielefeld belaufe sich auf 407 Mio. €. Der städtische Anteil an dem kommunalen Gesamtwert betrage somit rd. 0,53%. Um eine Einschätzung des städtischen Anteils an den Steuerrechtsänderungen seit Herbst 2008 zu entwickeln, sei daher dieser Wert auf die vom BMF anlässlich der Steuerschätzungen von Mai und November 2009 erstellten Tabellen der steuerrechtlich beschlossenen Maßnahmen angewendet worden. Dabei sei jedoch das noch im Beratungsverfahren befindliche „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, welches zum 01.01.2010 in Kraft treten solle, noch nicht berücksichtigt worden. Wenn der ermittelte Bielefelder Anteil von 0,53 % an den Steuerausfällen auf die einzelnen Steuermindereinnahmen aufgrund von Änderungen der Steuergesetzgebung seit November 2008 angewendet würde, ergäben sich folgende Summen:

2009	rd. -14,0 Mio. €
2010	rd. - 22,2 Mio. €
2011	rd. - 26,4 Mio. €
2012	<u>rd. - 21,7 Mio. €</u>
insgesamt	rd. - 84,3 Mio. €

(Einzelheiten der Berechnung sind als Tischvorlage verteilt worden.)

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) betont, dass die vorgestellten Zahlen belegen würden, dass ca. 1/3 des Defizits von 60 Mio. € auf die Steuergesetzgebung in der Zeit von Oktober 2008 bis Juni 2009 zurückzuführen sei. Den strukturellen Einnahmeverlusten der Kommunen, die u. a. auch durch das neue Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstünden, müsse Einhalt geboten werden. Ihre Fraktion fordere daher den Rat auf, sich zu wehren und entsprechende Initiativen gegen den Bund und das Land Nordrhein-Westfalen einzuleiten.

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass die Städte vor den größten Finanzproblemen seit 60 Jahren stünden. Er kritisiert, dass Steuererleichterungen durch Kredite und zu Lasten der Kommunen finanziert würden, die Abschaffung der Gewerbesteuer diskutiert und die geteilte Aufgabenwahrnehmung bei der Arbeitsverwaltung geplant werde. Durch die Einführung des KIBIZ seien der Stadt Bielefeld Kosten in Höhe von 3 Mio. Euro entstanden, weil die Kosten nicht an die

Bürgerinnen und Bürger weitergegeben worden seien. Auch die Dezentralisierung der Versorgungsämter und weitere Maßnahmen, bei denen das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten worden sei, führten die Städte an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit. Bund und Land müssten erkennen, dass die Städte die Krise allein nicht mehr bewältigen könnten und sollten die Städte bei der Bewältigung der Probleme unterstützen.

Herr Lux (CDU-Fraktion) kritisiert, dass Frau Schmidt und Herr Rees ein Szenario beschrieben hätten, das sich auf noch nicht gefasste Beschlüsse beziehe. Sinnvoller sei es, sich mit der Situation zu befassen, die durch die Wirtschaftskrise und den Einbruch bei der Gewerbesteuer entstanden sei. Seine Fraktion spreche sich für eine große Finanzreform aus, weil die Gewerbesteuer eine sehr konjunkturabhängige Haupteinnahmequelle der Kommunen sei und jetzt zu den Mindereinnahmen geführt habe. Anstelle der Gewerbesteuer müsse eine Einnahmeart geschaffen werden, die stetig sei und an den Steuereinnahmen des Bundes und des Landes angepasst werde. Für das Ankurbeln der Konjunktur seien steuerliche Maßnahmen erforderlich. Wenn solche Steuerbeschlüsse nicht gefasst worden wären, würden sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Einnahmesituation schlimmer darstellen als sie jetzt tatsächlich seien.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) erklärt, dass es aufgrund der Steuererleichterungen des Bundes nicht zu Steuererhöhungen in den Kommunen kommen dürfe.

-.-.-

Zu Punkt 4 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Es liegen keine Dringlichkeitsentscheidungen zur Genehmigung vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr (Antrag der FDP-Fraktion vom 04.11.2009)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0058/2009-2014

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) begründet den nachfolgenden Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Polizei, mit moBiel, dem Verkehrsverbund OstWestfalenLippe und dem sozial- und kriminalpräventiven Rat der Stadt Bielefeld sowie sonstiger Beteiligter zu prüfen, inwieweit die Sicherheit im hiesigen Öffentlichen Personennahverkehr erhöht werden kann.

Seiner Fraktion gehe es mit dem Antrag um die Prüfung, ob alle Sicherheitsmöglichkeiten ausgeschöpft seien und die Sicherheitsbedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer des ÖPNV befriedigt werden könnten. Die

Erfahrungen aus dem Wahlkampf, diverse Presseveröffentlichungen und die Diskussion im Landtag im Zusammenhang mit dem Polizeirecht zeigten, welchen hohen Stellenwert das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger habe. Er betont, dass es nicht darum gehe, Institutionen wie moBiel zu kritisieren, da seine Fraktion wisse, dass Sicherheitsvorkehrungen getroffen würden. Leider gebe es jedoch immer mehr Menschen, die gesetzte Grenzen überschreiten würden und denen durch Prävention und Sanktionen Einhalt geboten werden müsse. Mit der Prüfung solle bewusst die Verwaltung beauftragt werden, weil man sich dadurch einen Kompetenzzuwachs verspreche. Gemeinsam mit allen Beteiligten sollten die Sicherheitsstandards erhalten und erhöht werden.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den nachfolgenden Änderungsantrag:

Der Rat bittet moBiel und den VVOWL

- 1. regelmäßig im Ausschuss für Stadtentwicklung über Fälle von Belästigungen und gewalttätigen Ausschreitungen im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu berichten. Der Rat bittet darum, dabei auch mögliche Veränderungen in der Häufigkeit und Intensität der Übergriffe in den letzten Jahren darzustellen.*
- 2. ihre Maßnahmen und Konzepte zur Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit im Zusammenhang mit der Nutzung des ÖPNV vorzustellen. Dabei soll auf die besonderen Sicherheitsbedürfnisse von Frauen, Kindern und Jugendlichen eingegangen werden.*
- 3. Der Rat regt an, geeignete Maßnahmen zur Förderung von Zivilcourage im Alltag sowie zum adäquaten Verhalten in Konfliktsituationen für Nutzer/innen des ÖPNV anzubieten. Der Sozial- und Kriminalpräventive Rat wird gebeten, zusammen mit moBiel die Kampagne „Kultur des Hinschauens“ in aktualisierter Form wieder aufzunehmen.*

Sie verweist auf die unterschiedliche Aufgabenverteilung, wonach der Rat Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Zweckverbandsversammlung des Verkehrsverbundes Ostwestfalen-Lippe (VVOWL) für den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) sei. Der Aufgabenträger habe die politische Verantwortung und bestimme die Qualitätsmerkmale wie z. B. die Sicherheit für die Kundinnen und Kunden. Weil das Sicherheitsempfinden ein wichtiges Moment darstelle, hätten alle Beteiligten erhebliches Interesse, dem Sicherheitsgefühl der Nutzerinnen und Nutzer Rechnung zu tragen. Bevor eine Aussage über die Zunahme von Überfällen getroffen werde, sollte sich der Rat als Aufgabenträger von dem betrauten Unternehmen moBiel sowie dem VVOWL über Entwicklungen, Maßnahmen und Konzepte zur Erhöhung der objektiven und subjektiven Sicherheit berichten lassen. Erst danach sollte in einen Dialog eingetreten und evtl. Verbesserungsvorschläge gemacht werden. Zu berücksichtigen sei dabei, dass die Videoüberwachung ausschließlich der Strafverfolgung und nicht der Sicherheitsüberwachung diene. Ihrer Fraktion sei auch wichtig, den Sozial- und Kriminalpräventiven Rat einzubeziehen, der zusammen mit moBiel die Kampagne „Kultur des Hinschauens“ ins Leben gerufen habe. Mit der Wiederaufnahme der Kampagne sollten die Bürgerinnen und Bürger unterstützt werden, um ggf. ein Eingreifen zu ermöglichen.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) erläutert den nachfolgenden Ergänzungsantrag:

Der Rat bittet moBiel und den VVOWL, alle im ÖPNV eingesetzten Sicherheits- und Servicekräfte so zu qualifizieren, dass sie auch als Konfliktlöser, Streitschlichter und Servicepersonal aktiv werden können.

MoBiel belege im bundesweiten Kundenbarometer seit mehreren Jahren Spitzenplätze, was den Erfolg des Sicherheits- und Servicekonzeptes bestätige, aber auch Verbesserungsmöglichkeiten aufzeige. Die Ausbildung der Sicherheitskräfte umfasse in der Regel nur 5 Tage (40 Stunden à 45 Minuten). Seine Gruppe fordere, alle Sicherheits- und Servicekräfte so zu qualifizieren, dass sie auch als Konfliktlöser, Streitschlichter und Servicepersonal aktiv werden können. Die Kontrolleure sollten nicht nur nach Schwarzfahrern fahnden, sondern als Servicekräfte auch Fahrscheine verkaufen. Generell sollten in Bussen und Bahnen wieder Schaffner eingeführt werden.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) will das Thema Sicherheit nicht nur auf den ÖPNV, sondern auf den gesamten öffentlichen Raum bezogen sehen. Seine Fraktion fordere ein gesamtheitliches Konzept, in dem alle Fragestellungen gebündelt und vorgestellt würden. Er schlage daher vor, die Anträge zusammenzufassen und an den Hauptausschuss zu verweisen. Der gemeinsame Antrag sollte lauten:

- „1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Polizei, moBiel, Verkehrsverbund OWL und dem Sozial- und Kriminalpräventiven Rat der Stadt Bielefeld sowie weiterer Beteiligter zu prüfen, wie die Sicherheit im öffentlichen Raum und insbesondere im ÖPNV erhöht werden kann.*
- 2. Bis zum März 2010 soll im Hauptausschuss über die derzeitige Sicherheitslage berichtet werden. Dabei soll insbesondere auf Häufungen von Sachbeschädigungen, Belästigungen und gewalttätigen Ausschreitungen eingegangen werden wie auch mögliche Veränderungen in der Häufigkeit und Intensität der Delikte in den letzten Jahren berichtet werden.*
- 3. Der Rat regt an, geeignete Maßnahmen zur Förderung von Zivilcourage im Alltag und zu adäquatem Verhalten in Konfliktsituationen zu ergreifen sowie die Kampagne „Kultur des Hinschauens“ in aktualisierter Form wieder aufzunehmen.“*

Herr Nettelstroth zeigt sich besorgt über die Entwicklung der gezeigten Brutalität und den Umgang mit Polizeikräften. Im Gegensatz zu Frau Dr. Schulze sei er der Auffassung, dass Videoanlagen eingesetzt werden sollten, um Gewalttaten aufzuklären, aber auch um sie zu verhindern. Er wirbt für eine Beschlussfassung des gemeinsamen Antrages, der es ermögliche, nach Feststellung des Status Quo Vorschläge kritisch zu diskutieren und gemeinsame Lösungen zu erarbeiten.

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion) verweist auf die Beiträge seiner Vorredner und sieht wie Herr Nettelstroth die Notwendigkeit, das Thema wegen seiner Bedeutung im zukünftigen Haupt- und Beteiligungsausschuss zu diskutieren. Auch halte er es für richtig, in Fragen der Sicherheit nicht nur den ÖPNV, sondern auch die öffentlichen Grünanlagen und Plätze, die Haltestellen usw. im Fokus zu haben. In Abstimmung mit der Polizei,

moBiel, dem Sozial- und Kriminalpräventiven Rat der Stadt Bielefeld, dem Taxiverband u. a. sollte der Sachstand ermittelt werden, um dann gemeinsam einen Maßnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen und Appellen auf den Weg zu bringen. Seine Fraktion werde den Vorschlag der CDU-Fraktion unterstützen.

Frau Schmidt (Die Linke) macht deutlich, dass vorrangig die Ursachen für das Fehlen von Sicherheit beseitigt werden sollten, was aber nicht mit Hilfe des Ordnungsrechts möglich wäre. Auch aus ihrer Sicht sollte das Thema im zukünftigen Haupt- und Beteiligungsausschuss behandelt werden, da hier die unterschiedlichen Sichtweisen zusammengeführt würden. Entschieden wehre sie sich dagegen, die Frage der Sicherheit als „Panik- und Angstmache“ zu verkaufen.

Auf Nachfrage von Herrn Oberbürgermeister Clausen schließen sich alle Antragsteller dem Vorschlag der CDU-Fraktion an. Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Polizei, mit moBiel, dem Verkehrsverbund OstWestfalenLippe und dem sozial- und kriminalpräventiven Rat der Stadt Bielefeld sowie weiterer Beteiligter zu prüfen, inwieweit die Sicherheit im öffentlichen Raum und insbesondere im ÖPNV erhöht werden kann.
2. Bis zum März 2010 soll im Hauptausschuss über die derzeitige Sicherheitslage berichtet werden. Dabei soll insbesondere auf Häufungen von Sachbeschädigungen, Belästigungen und gewalttätigen Ausschreitungen eingegangen werden wie auch mögliche Veränderungen in der Häufigkeit und Intensität der Delikte in den letzten Jahren berichtet werden.
3. Der Rat regt an, geeignete Maßnahmen zur Förderung von Zivilcourage im Alltag und zu adäquaten Verhalten in Konfliktsituationen zu ergreifen sowie die Kampagne „Kultur des Hinschauens“ in aktualisierter Form wieder aufzunehmen.

- bei drei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2

Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose muss erhalten bleiben

(Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.11.2009)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0096/2009-2014

Herr Garbrecht (SPD-Fraktion) gibt einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Er

hebt hervor, dass ca. 10% der Bielefelder Bevölkerung betroffen sei und deshalb um die bestmögliche Lösung gerungen werden müsse. Die getrennte Aufgabenträgerschaft sei dabei die denkbar schlechteste Lösung für die Kommunen und die Betroffenen. Er zitiert einen Beschluss der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASK), wonach die ASK der Auffassung sei, dass ihr Beschluss vom 13./14.11.2008 (gemeinsamer Gesetzentwurf aller Bundesländer) die fachliche, praktikable und problemadäquate Antwort zur Umsetzung der Entscheidung der Bundesverfassungsgerichts vom 20.12.2007 darstelle. Insofern weise der heutige Antrag in die richtige Richtung. Herr Garbrecht appelliert an Herrn Oberbürgermeister Clausen, nicht nur gegenüber dem Bund und dem Land dafür einzutreten, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erhalten bleibe, sondern sich auch beim Städtetag NRW für eine bessere Interessenvertretung einzusetzen.

Herr Weber (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die Bielefelder CDU-Fraktion schon in langer Tradition fraktionsübergreifend und unabhängig von der Mehrheit auf Bundesebene ihre Meinung zu diesem Thema kundgetan habe. Mit dem gemeinsamen Antrag werde daran angeknüpft, um die beste Lösung für die Betroffenen zu finden. Er macht deutlich, dass die CDU-Fraktion den gemeinsamen Antrag mit beschließen, nicht jedoch die Begründung, in der das Thema nicht abschließend behandelt werde.

Frau Dr. Ober (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erläutert, dass das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ein Eckpunktepapier vorgelegt habe, das die getrennte Aufgabenwahrnehmung durch die Agentur für Arbeit (Arbeitsvermittlung) und der Kommune (Heizkosten und Kosten der Unterkunft) vorsehe. Eine Neuregelung über den Weg einer Grundgesetzänderung, durch die eine Mischverwaltung möglich gewesen wäre, sei nicht vorgesehen. Die getrennte Aufgabenwahrnehmung führe zu mehr Bürokratie und stelle für die Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger ein Hindernis dar. Obwohl es aus ihrer Sicht in der Verantwortung der Kommune liege, würde den Gemeinden der Einfluss auf die kommunale Arbeitsmarktpolitik entzogen. Zudem müssten die Kommunen die Kosten für die entstehenden Doppelstrukturen überwiegend allein tragen, was angesichts der schlechten Haushaltslage eine zusätzliche Belastung darstelle. Deshalb werde der Oberbürgermeister gebeten, zu prüfen, ob der Übergang zu einer Optionskommune möglich sei. Nur wenn der Weg der Optionskommune beschritten werde, bleibe die kommunale Steuerung der Arbeitsmarktpolitik weiterhin in eigener Hand.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) kritisiert die Hartz-IV-Gesetzgebung, die die betroffenen Menschen stigmatisiere und fordert deren Abschaffung. Erst wenn stattdessen eine bedingungslose Grundsicherung für Jeden geschaffen worden sei, könne man sich über die verwaltungstechnische Handhabung unterhalten. Seine Gruppe werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Buschmann (FDP) erklärt, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung über den Antrag enthalten werde. Die Kommune müsse sich darauf einstellen, dass es keine Verfassungsänderung und damit getrennte Verwaltungen gebe. Für ihn werde die Kommune künftig Dienstleister sein und nicht - wie es sicherlich wünschenswert wäre - kommunale Arbeitspolitik betreiben. Im Übrigen wäre dies für die Kommunen auch nicht

leistbar. Hinsichtlich des Vorschlages „Optionskommune“ befürchte er, dass dies für große Gemeinden mit schwierigen sozialen Lagen eher teuer werde. Seines Erachtens sollte mit der Agentur für Arbeit zusammengearbeitet werden, um tragfähige Lösungen zu finden.

Herr Dr. Schmitz (Fraktion Die Linke) berichtet, dass der Leiter der Bundesagentur für Arbeit darauf hingewiesen habe, dass Optionskommunen nicht so gute Vermittlungsergebnisse hätten. Da aus seiner Sicht die Arbeitsvermittlung vorgehe, sei hier die Kernkompetenz der Agentur für Arbeit gefordert. Er verweist auf ein aktuelles Urteil des Sozialgerichts Köln, wonach die Optionskommune Stadt Bonn direkt keine Angebote an potentielle Arbeitgeber versenden dürfe, weil so bekannt werde, dass die Arbeitssuchenden Hartz-IV-Empfänger seien. Seines Erachtens könne dieses Urteil prinzipiell der Optionskommune widersprechen. Da seine Fraktion dem Punkt 2 des Beschlussvorschlages hinsichtlich der Optionskommune nicht zustimmen könne, bitte er um getrennte Abstimmung.

Beschluss:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld fordert den Oberbürgermeister auf, gegenüber dem Bund und dem Land dafür einzutreten, dass die Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose erhalten bleibt.**
- 2. Viele große Städte in Deutschland, wie Stuttgart, Gelsenkirchen, Duisburg, München und Hamburg, prüfen die Möglichkeit, die Option als alleinige kommunale Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II zu übernehmen. Der Rat der Stadt Bielefeld fordert den Oberbürgermeister auf, die Möglichkeit auf Option auch für Bielefeld zu überprüfen.**
- 3. Der Rat fordert die Landesregierung auf, im Rahmen einer Bundesratsinitiative auf der Basis des Ländervorschlages von NRW und Rheinland-Pfalz ein Wahlrecht der Kommunen nach einer Optionslösung zu ermöglichen.**
- 4. Der Rat bekräftigt seine Forderung nach flexiblen, vor Ort zu steuernden Arbeitsmarktprogrammen. Sie sind eine der wichtigen Voraussetzungen für eine gelingende, ziel führende und passgenaue Verbindung von Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.**
- 5. Der Rat der Stadt Bielefeld fordert zudem, in Übereinstimmung mit allen kommunalen Spitzenverbänden und vielen Bundesländern die Struktur der Mitfinanzierung dieser Leistungen nach dem SGB II durch die Kommunen rasch zu verändern, um das ursprüngliche Ziel der Entlastung der Kommunen von Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit zu erreichen. Der bestehende Finanzierungsmodus führt zum Gegenteil, die Kommunen werden künftig belastet.**

Zu Ziffer 1: - bei 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Zu Ziffer 2 :- bei 6 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen
mit großer Mehrheit beschlossen -

zu Ziffer 3: - bei 4 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen
mit großer Mehrheit beschlossen -

zu Ziffer 4: - bei 4 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

zu Ziffer 5: - bei 6 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.3

Einhaltung eines Frauenanteils von 40% bei der Entsendung in Gremien städtischer Unternehmen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.11.2009)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0107/2009-2014

Frau Dr. Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Antrag ihrer Fraktion (s. Beschluss). Zwar gebe es gesellschaftlich einen breiten Konsens, dass Frauen entsprechend ihrer Repräsentanz in der Bevölkerung an öffentlichen Aufgaben beteiligt und in entsprechenden Funktionen vertreten sein sollen, die Realität sehe jedoch anders aus. In Aufsichtsräten börsenorientierter Unternehmen seien nur 12% der Mitglieder Frauen, wovon 80% von den Arbeitnehmern gestellt würden. Die im Oktober 2008 verabschiedete „Nürnberger Resolution“, die von vielen Institutionen partiübergreifend unterstützt werde, gebe deshalb vor, dass entsprechend dem norwegischen Modell die Aufsichtsräte deutscher Aktiengesellschaften mit mindestens 40% Frauen besetzt sein müssen. Würde man sich ideell den Vorgaben des Landesgleichstellungsgesetzes verpflichtet fühlen, wonach Kommissionen, Beiräte, Verwaltungs- und Aufsichtsräte sowie sonstige Gremien geschlechterparitätisch besetzt werden sollen und bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen für Wahlgremien und -organe auf die paritätische Repräsentanz geachtet werden solle, müsse in Bielefeld viel verändert werden. In der Wahlperiode 2004-2009 seien Frauen im Rat nur mit 28% (aktuell mit 33%) vertreten gewesen. In Gremien von Stiftungen, Vereinen usw. seien 27%, in Aufsichtsräten insgesamt nur 20% Frauen. In Aufsichtsräten von Unternehmen mit hohen Finanzbewegungen seien Frauen überhaupt nicht oder nur sehr selten vertreten. Mit Hilfe des Antrages solle dies verändert werden. Frau Dr. Schulze bittet, die Beschlussempfehlung dahingehend abzuändern, dass es statt „Die Fraktionen im Bielefelder Rat verpflichten sich.....“ heißt: „Der Rat empfiehlt den Fraktionen“.

Frau Schrader (SPD-Fraktion) zitiert eine Definition von „Wikipedia“, wonach eine Quotenregelung dann eingesetzt werde, wenn durch freie Verteilung ein ungewolltes Ungleichgewicht entstanden sei. Ihres Erachtens gebe es genügend qualifizierte Frauen, jedoch fehle es an dem politischen Willen, eine Quotenregelung einzuhalten. Folgende Gründe sprächen dafür, die Aufsichtsräte mit Frauen zu besetzen:

- Die sichtbare Präsenz von Frauen sei ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg.
- Frauen förderten eine differenzierte Diskussion und fundierte Entscheidungsfindung, die manchmal sorgfältiger ausfalle.
- Frauen hätten eine größere Bereitschaft zur Konfliktentschärfung.
- Geschlechtervielfalt und Erfolg hingen zusammen, hervorgerufen durch Ausbildung Kompetenz und Erfahrung.

- Die Sichtweise von Frauen sollte eingebunden werden.
- Frauen machten 50% der Bevölkerung aus.

Die SPD-Fraktion habe mit der Quotenregelung kein Problem, jedoch könne der Rat den Fraktionen nicht vorschreiben, wie die Aufsichtsräte zu besetzen seien. Ihre Fraktion schlage vor, den Antrag in den Ältestenrat zu verweisen und kurzfristig eine Lösung zu erarbeiten.

Herr Werner (CDU-Fraktion) berichtet, dass die Mitglieder seiner Fraktion den Antrag einstimmig abgelehnt hätten, da eine Quotierung in Bezug auf Gleichbehandlung als nicht zielführend angesehen werde. Die CDU-Fraktion wolle die Gremien weiterhin nicht nach Geschlecht, sondern nach Qualifizierung besetzen und lehne eine Selbstverpflichtung daher ab.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) hält eine Quotierung für notwendig, damit in Aufsichtsräten mindestens ein Frauenanteil von 50% erreicht werde.

Frau Dr. Schulze spricht sich gegen den Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion, den Antrag an den Ältestenrat zu verweisen, aus und beantragt zur Klärung eine Sitzungsunterbrechung.

Der Antrag auf Sitzungsunterbrechung wird vom Rat mit Mehrheit abgelehnt.

Sodann zieht Herr Fortmeier (SPD-Fraktion) den Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung des Antrages an den Ältestenrat zurück.

Abschließend fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Der Rat empfiehlt den Fraktionen, bei künftigen Entsendungen von weiblichen und männlichen Stadtratsmitgliedern in die Gremien von städtischen Unternehmen und Beteiligungen eine Frauenquote von 40 Prozent einzuhalten. Mittelfristiges Ziel ist die Herstellung einer Parität bei der Besetzung solcher Gremien.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 6

Haushaltsplanaufstellung 2010 / 2011

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0065/2009-2014

Herr Stadtkämmerer Löseke berichtet zur Vorlage der Verwaltung. Er weist darauf hin, dass für das Jahr 2009 eine negative Abweichung von 60,2 Mio. € prognostiziert werde, die nahezu ausschließlich auf rückläufige Gewerbesteuererträge zurückzuführen sei. Das voraussichtliche Ergebnis des Jahres 2009 werde ein höherer Fehlbetrag von rd. 144 Mio. € und damit eine höhere Inanspruchnahme der sogenannten Ausgleichsrücklage sein. Auch in den Folgejahren müsse mit erheblichen Fehlbeträ-

gen gerechnet werden, die deutlich über den bisherigen Planungen liegen würden. Der Dispositionskredit (Aufnahme zusätzlicher Kredite zur Liquiditätssicherung) werde im Jahr 2010 eine Größenordnung von vermutlich 500 Mio. € erreichen. Aufgrund dieser äußerst dramatischen Entwicklung und um belastbar und nachvollziehbar ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufstellen zu können seien Verwaltungsleitung und Verwaltungsvorstand zu der Einschätzung gelangt, den Zeitplan dahingehend zu verändern, dass über den Haushalt 2010 erst im Dezember abschließend entschieden werde. Dies hätte den Vorteil, dass der Haushalt 2010 zeitgleich mit dem Haushalt 2011 beraten werden könne. Damit werde weder das Haushaltsaufstellungsverfahren ausgesetzt noch der Rat entmachtet. Lediglich aus sachlichen Erwägungen seien zusätzliche Zeiträume für die generellen Vorüberlegungen im Bezug auf das HSK und für die Erarbeitung konkreter HSK-Maßnahmen eingeplant worden. Wie in der Vergangenheit halte er an einer soliden und seriösen Planung fest, vor allem, weil die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger neben den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch die Einschränkungen, die sich aus der Umsetzung von HSK-Maßnahmen ergeben, spüren würden. Bei Pflichtaufgaben sei der Umfang der Leistung auf den Prüfstand zu stellen, bei freiwilligen Leistungen sei darüber hinaus zu prüfen, ob überhaupt städtische Mittel bereit gestellt werden könnten. So stehe in Wuppertal die Schließung des Theaters an und auch das Thema „Personaleinsparungen“ z.B. durch Aufgabe von Bezirksämtern werde erneut zu erörtern sein. Kommunen mit defizitärer Haushaltslage seien in besonderer Weise gehalten, Einnahmemöglichkeiten zu realisieren. Wenn sich z.B. die Landeszuweisungen für die Finanzierung von Tageseinrichtungen für Kinder verringern, sei die Kommune verpflichtet, die Elternbeiträge zu erhöhen. Ein Wegfall der Subventionen von Friedhofsgebühren führe umgehend zu einer Gebührenerhöhung. Auch weitere Ertragssteigerungen wie z. B. die Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze auf dem Durchschnitt der zugehörigen Größenklasse müssten laut dem HSK-Handlungsrahmen des Innenministers in die Überlegungen einbezogen werden. Um diese möglichen einschneidenden und weit reichenden Entscheidungen vorzubereiten, sei eine qualifizierte und sorgfältige Kalkulation von Haushaltsansätzen unerlässlich.

Herr Dr. Wixforth begründet den Änderungsantrag seiner Gruppe:

Die Verwaltung wird aufgefordert, unverzüglich mit der Aufstellung eines Haushaltsplans für 2010 zu beginnen.

Er macht deutlich, dass die Politik trotz der prekären Situation und der Schwierigkeiten bei der Aufstellung des Haushalts Klarheit über die Haushaltslage und die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen brauche. Die Politik und auch die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger müssten rechtzeitig wissen, welche Einschnitte zu erwarten seien. Die Haushaltsberatungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, erwecke den Eindruck, vor der prekären Situation zu kapitulieren.

Herr Lux (CDU-Fraktion) begründet den nachfolgenden gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und BfB-Fraktion (Tischvorlage):

Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf, die Haushaltsplanberatungen 2010, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, mit der Haushaltsverabschiedung im Rat am 24.06.2010, auszuführen.

Entgegen der Schlussfolgerung von Herrn Stadtkämmerer Löseke vertrete seine Fraktion die Auffassung, dass die Verabschiedung des Haushaltes 2010 nicht vertagt werden sollte. Zu Beginn eines Haushaltsjahres gebe es immer Unwägbarkeiten und ein Aufstellungsbeschluss beruhe immer auf Prognosen. Wenn es im Laufe des Haushaltsjahres zu gravierenden Abweichungen komme, müsse ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden. Zudem seien die Entwicklungen hinsichtlich der Einnahmeneinbrüche schon länger bekannt. Die Haushaltsdefizite lägen in einer bisher nicht vorgekommenen Größenordnung und es müssten daher möglichst schnell die notwendigen Schritte eingeleitet und erforderliche Maßnahmen beschlossen werden. Im Sinne von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit müsse der bisherige Zeitplan eingehalten werden.

Herr Delius (BfB-Fraktion) stellt folgenden Änderungsantrag:

- 1. Die verbindliche Eröffnungsbilanz, die zum 01.01.2009 hätte vorliegen sollen, ist dem Rat in ihrer endgültigen Fassung bis zur Dezembersitzung 2009 vorzulegen.*
- 2. Die Bilanz der Kernverwaltung ist dem Rat bis zum 31.03.2010 vorzulegen. Die Gesamtbilanz (Kernverwaltung, Eigenbetriebe und städt. Tochtergesellschaften) ist spätestens bis zum 30.06.2010 vorzulegen.*

Der Rat benötige die Bilanzen, um aufgrund der Zahlen und der wertvollen Erkenntnisse, die aus der Bilanz gewonnen würden, steuernd eingreifen zu können. Ggf. müsse Herr Oberbürgermeister Clausen zusätzliche Personalmittel beantragen oder externe Hilfe in Anspruch nehmen.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) unterstützt den Vorschlag des Stadtkämmerers und des Oberbürgermeisters, einen Doppelhaushalt 2010/2011 aufzustellen und kritisiert gleichzeitig das Verhalten der CDU-Fraktion. Er wirbt darum, in ein geordnetes Verfahren einzutreten und gemeinsam mit der Verwaltung zu versuchen, ein gesichertes HSK zu erarbeiten.

Herr Rees (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass die Begründung für das Vorgehen des Kämmerers durchaus kontrovers zu sehen sei und sich in der Ausführung noch Fragen ergeben würden. Er geht auf die Vorschriften der Gemeindeordnung ein, wonach der Stadtkämmerer den Haushalt aufstelle und dem Oberbürgermeister zur Bestätigung vorlege. Ein Doppelhaushalt schränke das jährliche Dispositionsrecht des Rates ein und sollte daher nur im Ausnahmefall zum Zuge kommen. Durch eine Verzögerung der Verabschiedung des Haushalts 2010 könnte dem Rat sein Recht und seine Pflicht, sich um die geordnete Finanzlage der Stadt zu kümmern, entzogen werden. Andererseits würden weder eine Verzögerung noch ein Doppelhaushalt ein HSK verhindern. Aber je früher Beschlüsse gefasst würden desto eher könnten Maßnahmen auch wirken. Insgesamt bewerte er die Situation wie folgt:

1. Die dramatische Finanzlage erfordere zügiges und zielgerichtetes Handeln. Den Bürgerinnen und Bürgern müsse deutlich gemacht werden, dass ernsthafte Konsolidierungsbemühungen notwendig seien und die gewählten Kommunalpolitikerinnen und -politiker sich gemeinsam mit der Verwaltung der Verantwortung stellen wollten und müssten.
2. Ein Handeln sei jetzt notwendig und dürfe nicht zum Gegenstand politischer Spielereien werden.
3. Durch die Annahme des Doppelhaushalts wäre vielleicht ein genehmi-

gungsfähiges HSK möglich.

4. Der Rat könne sein Interesse an einer frühzeitigen Beschlussfassung deutlich machen, könne es aber nicht erzwingen.

Er begrüße es, wenn der Stadtkämmerer deutlich mache, dass er den Rat mit in die Verantwortung ziehe. Deshalb sollte Herr Oberbürgermeister Clausen alle einladen, die sich am Bielefeld-Pakt beteiligen wollen, damit schnell gemeinsam Lösungen gefunden werden könnten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde zum Haushalt heute keinen Beschluss fassen.

Herr Oberbürgermeister Clausen macht deutlich, dass sich die Situation gegenüber dem ursprünglichen Terminplan dahingehend verändert habe, dass jetzt nicht mehr nur ein Haushalt, sondern ein Haushalt und ein HSK mit einer Wirkung über 4 Jahre aufgestellt werden müssten. Zwar könne das HSK auch im bisherigen Terminplan aufgestellt werden, er befürchte dann aber ungeordnete Kürzungen und Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Er schlage stattdessen vor, sich mehr Zeit für die notwendigen Abwägungen zu nehmen und diese auch zu kommunizieren. Selbst wenn die Gremien in der Sommerpause tagen würden, ließe sich eine Verzögerung bis in den Oktober 2010 dann aber nicht verhindern. Ein Vorteil des Doppelhaushalts sei es, dass auf die Planungsdaten von Mai 2010 zurückgegriffen werden könne, die dann hoffentlich eine bessere Perspektive böten. Zum anderen verschiebe sich dadurch der Zeitraum für die Haushaltskonsolidierung auf die Jahre 2011 bis 2014, was wiederum die Chance für die Genehmigungsfähigkeit des HSK und gleichzeitig die Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadt Bielefeld erhöhe. Wenn sich die Stadt Bielefeld in einem nicht genehmigten HSK befände, ergäben sich die gleichen Restriktionen wie bei einem Nothaushalt. Auch wolle er trotz einer Terminverschiebung bei der Verabschiedung des Haushalts nicht bis Ende 2010 warten, um dem Rat notwendige Entscheidungen zur Beratung vorzulegen. Gemeinsam müsse sorgsam abgewogen und entschieden werden, ob bisherige Beschlüsse wie z.B. zum Technischen Dienstleistungszentrum, zur Sanierung der Sportstätten und Bäder, zu Gebühren, zu Dauerverträgen oder zur Altersteilzeit weiter gelten sollten oder ob sie ausgesetzt oder verändert werden sollten. Er habe ein Interesse daran, die Haushaltskonsolidierungsrunde, zu der die Politik eingeladen habe, weiter fortzuführen. Wenn mit Gelassenheit und Kreativität parteiübergreifend zusammengearbeitet werde und sich alle gemeinsam der Verantwortung stellten, sehe er eine Chance zur Überwindung der schwierigen Zeiten.

Herr Werner (CDU-Fraktion) verdeutlicht, dass seine Fraktion Wert darauf lege, dass keine - wie von Herrn Oberbürgermeister Clausen angedacht - Einzelentscheidungen, sondern nur Entscheidungen, die im Licht des Gesamthaushalts stehen, getroffen würden und dass zügig gehandelt werde. Im Übrigen hätte er sich die angekündigte Zusammenarbeit auch bei der Entscheidung zur Aufstellung eines Doppelhaushalts gewünscht.

Herr Lux (CDU-Fraktion) bittet für eine Beratung in seiner Fraktion, die Sitzung zu unterbrechen.

-.-.
Die Sitzung wird von 19:45 Uhr bis 20:00 Uhr unterbrochen.
-.-.

Herr Lux (CDU-Fraktion) begrüßt, dass Herr Oberbürgermeister Clausen auch die Fraktionen in die Finanzplanung für die nächsten Jahre einbeziehen und den Bielefeld-Pakt auch unter dem Aspekt der Haushaltssituation betrachten wolle. Dies sei in dieser Deutlichkeit nicht in der Informationsvorlage der Verwaltung enthalten. Dennoch teile die CDU-Fraktion nicht die von Herrn Oberbürgermeister Clausen vorgetragene Bewertung der Sachlage und werde bei dem gestellten Antrag bleiben. Er bitte, den Antrag jedoch nicht als Forderung, sondern als Bitte („Der Rat bittet den Oberbürgermeister...“) zu formulieren.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) schließt sich dem gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und BfB-Fraktion an.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) versteht den Vorschlag des Stadtkämmerers so, dass der Zeitraum zwischen Juni und Dezember 2010 genutzt werden solle, um ein geordnetes HSK zu erarbeiten. Unabhängig davon könne der neu gebildete Finanz- und Personalausschuss unverzüglich seine Arbeit aufnehmen und ggf. Maßnahmen beraten. Er bitte den Stadtkämmerer, ggf. nochmals die Zahlen zu präzisieren.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) appelliert, angesichts der Zusage des Oberbürgermeisters, den Rat in die finanzpolitischen Überlegungen mit einzubeziehen, und im Sinne der gemeinsamen Zusammenarbeit auf den Antrag zu verzichten. Dies wäre ein Signal, dass alle konstruktiv mitarbeiten wollen, um zu einem genehmigungsfähigen HSK zu kommen.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) plädiert nochmals für getrennte Haushalte und eine Verabschiedung des Haushalts bis zum Sommer 2010.

Herr Oberbürgermeister Clausen bestätigt auf Nachfrage von Herrn Buschmann, dass das maßgebliche Bezugsjahr für den Haushaltsausgleich bei einem Doppelhaushalt 2010/2011 das Jahr 2014 sei. Hinsichtlich den Antrages der BfB-Fraktion erklärt er, dass die verbindliche Eröffnungsbilanz nicht bis zum 01.01.2009 hätte vorliegen sollen, sondern bis zum 01.01.2010 erstellt werden müsse und dass ein Entwurf verwaltungsintern bereits vorliege. Nachdem Herr Stadtkämmerer Löseke zusätzlich zugesagt, dass er versuchen werde, den Termin 31.03.2010 für die Gesamtbilanz einzuhalten, zieht Herr Delius den gestellten Antrag zurück.

Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, BfB-Fraktion und der Gruppe Bürgernähe:

Der Rat bittet den Oberbürgermeister, die Haushaltsplanberatungen 2010, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, mit der Haushaltsverabschiedung im Rat am 24.06.2010, auszuführen.

- mit Mehrheit abgelehnt-
29 Ja-Stimmen
33 Nein-Stimmen

Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt die Informationsvorlage zur Haushaltsplanaufstellung 2010/2011 zur Kenntnis.

-.-.-
Herr Oberbürgermeister Clausen gibt den Vorsitz
an Herrn Bürgermeister Helling ab.
-.-.-

Zu Punkt 7

Nachbewilligung von Haushaltsmitteln für die Produktgruppen

11.01.30 Bürgerservice

11.02.10 Einwohnerangelegenheiten

11.02.12 Ausländerangelegenheiten

11.05.04 Sozialversicherungsangelegenheiten

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0090/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW eine Nachbewilligung im Teilergebnisplan der Produktgruppen

11.01.30 „Bürgerservice“

11.02.10 „Einwohnerangelegenheiten“

11.02.12 „Ausländerangelegenheiten“

11.05.04 „Sozialversicherungsangelegenheiten“:

Auf dem Sachkonto 54220061 „Mieten und Pachten IBB“ werden bei den Produktgruppen

11.01.30 „Bürgerservice“ 4.260 €

11.02.10 „Einwohnerangelegenheiten“ 13.210 €

11.02.12 „Ausländerangelegenheiten“ 5.050 €

11.05.04 „Sozialversicherungsangelegenheiten“ 1.780 €

überplanmäßig bereitgestellt.

Darüber hinaus werden bei der Produktgruppe

11.02.10 „Einwohnerangelegenheiten“ 75.940 €

für die Anschaffung von Personaldokumenten auf dem

Sachkonto 52810000 „Aufwendungen für sonstige

Sachleistungen“ überplanmäßig bereitgestellt,

so dass insgesamt Finanzmittel i. H. v. 100.240 €
nachbewilligt werden.

Die o. g. Mehraufwendungen werden vollständig durch Mehrerträge bei der Produktgruppe 11.01.24 „BürgerServiceCenter“ auf dem Sachkonto 44820000 „Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen von Gemeinden und GV“ i. H. v. 2.440 € sowie durch Mehrerträge bei der Produktgruppe 11.02.11 „Personenstandswesen“ auf dem Sachkonto 43110000 „Verwaltungsgebühren“ i. H. v. 97.800 € gedeckt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Ausschreibung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat 2 (Schule/Bürger/Kultur)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0100/2009-2014

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) erklärt, dass seine Gruppe der erneuten Ausschreibung nicht zustimmen werde. Bei der ursprünglichen Ausschreibung hätte es auch einen zweiten und dritten Favoriten geben müssen, so dass eine erneute Ausschreibung nicht notwendig sei. Angesichts der Haushaltslage sollte geprüft werden, ob der Verwaltungsvorstand in der bestehenden Größe verbleiben müsse oder ob statt einer Leitungsstelle besser eine weitere Stelle in der Verwaltung geschaffen werden solle.

Beschluss:

- 1. Die Ausschreibung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat 2 (Schule/Bürger/Kultur) vom 08.08.2009 wird aufgehoben.**
- 2. Die Beigeordnetenstelle für das Dezernat 2 (Schule/Bürger/Kultur) wird unverzüglich in den Zeitungen Neue Westfälische, Westfalen-Blatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung und Die Zeit (Text s. Anlage) neu ausgeschrieben.**

- bei 4 Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

Zu Punkt 9

Ergänzung der Betrauung der moBiel GmbH mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur Durchführung von Verkehrsleistungen in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0069/2009-2014

Herr Beigeordneter Moss berichtet, dass sich der Bürgermeister der Stadt Spenge, der Kreis Gütersloh und die Minden-Herforder-Verkehrsgesellschaft an ihn gewandt hätten. Die Aufgabenträger würden für die Zukunft eine finanzielle Beteiligung an sogenannten eigenwirtschaftlich beantragten Linien befürchten, sich um die Finanzierung von Linien nach dem Wegfall der Mittel gemäß § 45 a Personenbeförderungsgesetz (nach 2011) sorgen und Nachteile in Bezug auf die Kontinuität der Linien in den entsprechenden Netzen (Linienverlauf und Taktdichte) befürchten. Die Sorgen seien entstanden, weil er leider aufgrund der bestehenden Verschwiegenheitspflicht nicht früher mit den Partnern hätte kommunizieren können. Die Umwandlung in eine Gemeinschaftskonzession bedürfe in jedem Fall der Genehmigung durch die Bezirksregierung. Eigenwirtschaftlich beantragte Linien würden weiterhin von moBiel bedient. Wenn der Nachweis geführt werde, dass eine Linie nicht mehr eigenwirtschaft-

lich gefahren werden könne, müssten die Gründe offengelegt und der Bezirksregierung vorgelegt werden, die dann letztlich über die Fortführung der Linie entscheide. Über die Refinanzierung grenzüberschreitender Linien werde sich die Stadt Bielefeld noch mit den benachbarten Aufgabenträgern verständigen. Sollten diese Verhandlungen scheitern, würden die entsprechenden Linien aus der Betrauung herausgelöst. Die Erweiterung der Betrauung habe nichts mit dem Eingriff in die Hoheit der benachbarten Aufgabenträger zu tun; die bestehenden Nahverkehrspläne blieben unberührt.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) bedauert, dass sich die BVO aus dem ÖPNV zurückziehe und erklärt, dass seine Gruppe die Abgabe der Konzession an moBiel nicht als unkritisch ansehe. Da bei moBiel noch eine Quersubventionierung möglich sei, könne ein unkontrollierter Kostenzuwachs im ÖPNV entstehen, zumal - solange moBiel noch als eigenwirtschaftlich gelte - nicht ausreichend geprüft werde, ob alle Möglichkeiten der Effizienzsteigerung ausgeschöpft worden seien. Mit der Übernahme würde moBiel zum Monopolanbieter, der sich nicht dem Wettbewerb stellen müsse. Dadurch befürchte er das Nichteinhalten von Qualitätsstandards wie z. B. der Verkauf aller Fahrscheine im Bus. Wenn das Verbot der Quersubventionierung, das in vielen europäischen Ländern bereits gelte, auch in Deutschland relevant werde, würden Unternehmen mit Quersubventionierung in Schwierigkeiten geraten. Seine Gruppe werde der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen.

Herr Bürgermeister Helling erklärt, dass es sich nur um eine Ergänzung der Betrauung handele. Wer die von Rat beschlossene Betrauungsgrundlage gelesen habe, finde dort alle Fragen beantwortet. Insofern seien die Befürchtungen nicht gegeben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Bielefeld erklärt:

- 1. In Anknüpfung an die Beschlusslage vom 18.12.2008 wird die Betrauung der moBiel GmbH über die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Durchführung des auf Genehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz beruhenden ÖPNV in der Stadt Bielefeld erweitert. Der Ergänzungsbeschluss ist der Beschlussvorlage als Anlage 1 beigefügt. Die Erweiterung umfasst die in der Anlage 2 zu dieser Beschlussvorlage dargestellten Konzessionen (entspricht erweiterter Anlage 1 zur Betrauung).**
- 2. Gemäß § 8 der bestehenden Betrauung wird der Oberbürgermeister beauftragt, den Beschluss zu Punkt 1 gesellschafts**

- bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Nach Abstimmung der Beschlussvorlage kritisiert Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) im Rahmen einer persönlichen Erklärung, dass die Gruppe Bürgernähe nicht zu der entsprechenden Informationsveranstaltung ein-

geladen worden sei und ihr damit wichtige Informationen vorenthalten worden seien.

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-
*Herr Bürgermeister Helling gibt den Vorsitz
an Herrn Oberbürgermeister Clausen zurück.*
-.-.-

Zu Punkt 10

Bildung der Ausschüsse und Festlegung der Zahl ihrer Mitglieder

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0152/2009-2014

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) kritisiert die geplante Zusammenlegung des Haupt- und Beteiligungsausschusses und insbesondere die Spaltung des bisherigen Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses in einen Stadtentwicklungsausschuss und Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz. Das Thema Umwelt und Klimaschutz könne nicht isoliert betrachtet werden und stünde in engem Zusammenhang zur Stadtentwicklung, dem Bauen und dem Verkehr. Die Synergien, die sich durch die vor 15 Jahren erfolgte Zusammenlegung der betreffenden Ausschüsse zu einem Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss ergeben hätten, gingen verloren. Die Beschlüsse des neuen Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz stünden immer unter dem Vorbehalt der Abwägung zu möglichen konträren Zielen der Beschlüsse des Stadtentwicklungsausschusses und erforderten letztlich eine Klärung im Hauptausschuss. Da dies keine vernünftige Vorgehensweise sei und aus seiner Sicht der neue Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nur dazu diene, die Dezernentin herauszustellen, werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) erklärt, dass seine Gruppe gerne an einem Zielkonzept für einen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz mitgearbeitet hätte. Ein erfolgreiches Klima- und Umweltmanagement sei nur dann möglich, wenn ein breiter politischer Grundkonsens vorliege. Da einem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz die Unterstützung für seine politische Arbeit zurzeit aber fehle, werde seine Gruppe sich bei der Abstimmung enthalten.

Frau Dr. Schulze (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass es in vergleichbaren Städten keinen Ausschuss gebe, der sich gleichzeitig mit Verkehr, Energie, Stadtentwicklung und Umwelt befasse. Als Ehrenamtliche/r sei die Arbeit in einem solchen Ausschuss nicht leistbar. Zwar könne sie nicht ausschließen, dass es Doppelberatungen geben werde, aber wegen der Bedeutung von Umwelt und Klimaschutz müsse man sich intensiver mit diesem Bereich befassen. Themen wie Planung von Maßnahmen im Naturschutz, wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Tiefgewässer, Teiche, Luftreinhaltung, grünplanerische Projekte, Stadtparklandschaften, Johannisberg, grünes Band, Johannisbachaue, Baumschutz, Altlasten und technischer Umweltschutz würden ausschließlich in dem neuen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu beraten sein.

Herr Fortmeier (SPD-Fraktion) wirbt für die Bildung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz. Entgegen der Auffassung der CDU-Fraktion könne die Schnittstellenproblematik mit Hilfe der Zuständigkeitsordnung geregelt werden. Seit der Bildung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses vor 15 Jahren habe sich die Diskussion - auch in der Öffentlichkeit - verändert. Da der Umwelt- und Klimaschutz einen anderen Stellenwert erhalten habe, solle mit der Bildung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz das Zeichen gesetzt werden, dass sich die Politik den Herausforderungen stelle.

Herr Ocak (Fraktion Die Linke) erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde, weil damit die strukturellen Voraussetzungen für sachgerechte Entscheidungen geschaffen würden. Seine Fraktion fordere Raum für Kritik und kontroverse Diskussionen, was bei Ausschüssen mit überfrachteten Tagesordnungen nicht gegeben sei.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) weist nochmals darauf hin, dass die Themen, die Frau Dr. Schulze als Aufgaben des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz definiert habe, nicht isoliert betrachtet werden könnten. Es gebe viele Überschneidungen mit der Stadtentwicklung und es mache keinen Sinn, dass zwei Administrationen nebeneinander arbeiten und unnötige Mehrarbeit erzeugten.

Herr Dr. Wixforth (Gruppe Bürgernähe) hält eine Entlastung des bisherigen Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses für sinnvoll. Er schlage aber vor, die Bereiche Umwelt, Klima und Verkehr in einem Ausschuss zusammenzufassen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe Bürgernähe:

Die Bereiche Umwelt, Klima und Verkehr sind in einem Ausschuss zusammenzufassen.

- bei 2 Ja-Stimmen und einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit abgelehnt -

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Festlegung der Ausschussgrößen:

Alle Pflichtausschüsse bestehen aus 13 Mitgliedern. Die freiwilligen bzw. bedingten Pflichtausschüsse bestehen aus 15 Mitgliedern. Der Betriebsausschuss IBB besteht aus 8 Mitgliedern. Die Satzungen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen sind entsprechend anzupassen.

2. Ausschussstruktur:

- a. **Der Beteiligungsausschuss wird mit dem Hauptausschuss zusammengelegt und erhält die Bezeichnung „Haupt- und Beteiligungsausschuss“. Den Vorsitz führt der Oberbürgermeister.**
- b. **Der derzeitige Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss wird aufgeteilt in einen „Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz“ sowie einen „Stadtentwicklungsausschuss“.**

3. Zuständigkeitsordnung:

Die Verwaltung wird gebeten, eine Zuständigkeitsregelung zur Abgrenzung der beiden neuen Ausschüsse unter Einbeziehung der Dezernate 3 und 4 zu erarbeiten und dem Rat in seiner Dezember-Sitzung 2009 zur Entscheidung vorzulegen. Eine Vorberatung soll in der Arbeitsgruppe „Zuständigkeitsordnung“ erfolgen.

4. Ausschüsse:

Der Rat der Stadt bildet folgende Ausschüsse:

Ausschuss	Zahl der ordentl. Mitglieder/Stellver- treter/innen
-----------	---

1. Pflichtausschüsse

Haupt- und Beteiligungsausschuss	13
Finanz- und Personalausschuss	13
Rechnungsprüfungsausschuss	13
Wahlausschuss für die Kommunalwahl	10
Wahlprüfungsausschuss	13

2. Bedingte Pflichtausschüsse

Jugendhilfeausschuss mit Unterausschüssen	15
- Erziehungshilfen, Tagesunterbringung von Kindern, Beteiligung von Kindern und Jugend- lichen an politischen Prozessen	9
- Jugendarbeit, Jugendförderung, Kinderfragen, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Prozessen	9
Betriebsausschuss Informatikbetrieb Bielefeld	8
Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb	15
Betriebsausschuss Städt. Bühnen und Philh. Orchester der Stadt Bielefeld	15
Betriebsausschuss des Umweltbetrieb	15

3. Freiwillige Ausschüsse

Bürgerausschuss	15
Kulturausschuss	15
Schul- und Sportausschuss	15
Sozial- und Gesundheitsausschuss	15
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	15
Stadtentwicklungsausschuss	15

Die Aufgaben des Denkmalausschusses nimmt der Stadtentwicklungsausschuss wahr.

- bei 2 Enthaltungen mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-
Die Sitzung wird von 20:50 Uhr bis 21:10 Uhr unterbrochen.
-.-.-

Zu Punkt 11 Besetzung der Ausschüsse (außer Jugendhilfeausschuss)

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages werden die Ausschüsse werden wie folgt besetzt:

Haupt- und Beteiligungsausschuss

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Detlef Helling Bürgermeister	Detlef Werner Ratsmitglied
	Rainer Lux Ratsmitglied	Ricarda Osthus Ratsmitglied
	Ralf Nettelstroth Ratsmitglied	Dr. Christian von der Heyden Ratsmitglied
	Andreas Rüther Ratsmitglied	Klaus-Dieter Hoffmann Ratsmitglied
SPD	Brigitte Biermann Ratsmitglied	Horst Grube Ratsmitglied
	Hans-Georg Fortmeier Ratsmitglied	Karin Schrader Ratsmitglied
	Hans Hamann Ratsmitglied	Nicolas Tsapos Ratsmitglied
	Holm Sternbacher Ratsmitglied	Regine Weißenfeld Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	Dr. Ingetraud Schulze Ratsmitglied	E. Rathsmann-Kronshage Ratsmitglied
	Klaus Rees Ratsmitglied	Dr. Jörg van Norden Ratsmitglied
Die Linke	Barbara Schmidt Ratsmitglied	Ayhan Ilgün Ratsmitglied
FDP	Harald Buschmann Ratsmitglied	Friedhelm Bolte Ratsmitglied
BfB	Ralf Schulze Ratsmitglied	Johannes Delius Ratsmitglied

**beratendes Ratsmitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:
Bürgernähe Martin Schmelz**

Finanz- und Personalausschuss

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Rainer Lux Ratsmitglied	Petra Brinkmann Ratsmitglied
	Detlef Werner Ratsmitglied	Ricarda Osthus Ratsmitglied RM
	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied	Andreas Rüther Ratsmitglied
	Frank Strothmann Ratsmitglied	Elke Grünewald Ratsmitglied
SPD	Hans Hamann Ratsmitglied	Sylvia Gorsler Ratsmitglied
	Karin Schrader Ratsmitglied	Regina Klemme- Linnenbrügger Ratsmitglied
	Holm Sternbacher Ratsmitglied	Hans-Werner Plaßmann Ratsmitglied
	Nicolas Tsapos Ratsmitglied	Barbara Schneider Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	Klaus Rees Ratsmitglied	Dr. Ingetraud Schulze Ratsmitglied
	Ulrike Künnemann Ratsmitglied	E. Rathsmann-Kronshage Ratsmitglied
Die Linke	Barbara Schmidt Ratsmitglied	Ayhan Ilgün Ratsmitglied
FDP	Harald Buschmann Ratsmitglied	Friedhelm Bolte Ratsmitglied
BfB	Ralf Schulze Ratsmitglied	Johannes Delius Ratsmitglied
beratendes Ratsmitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW: Bürgernähe Dr. Harald Wixforth		

Rechnungsprüfungsausschuss

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied	Carsten Krumhöfner Ratsmitglied
	Elke Grünewald Ratsmitglied	Klaus-Dieter Hoffmann Ratsmitglied
	Monika Kammeier Ratsmitglied	Stefan Röwekamp Ratsmitglied
	Erwin Jung Ratsmitglied	Frank Strothmann Ratsmitglied

SPD	Brigitte Biermann Ratsmitglied	Sylvia Gorsler Ratsmitglied
	Lars Nockemann Ratsmitglied	Hans Hamann Ratsmitglied
	Hans-Werner Plaßmann Ratsmitglied	Barbara Schneider Ratsmitglied
	Nicolas Tsapos Ratsmitglied	Ingo Stucke Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	Jens Julkowski-Keppler Ratsmitglied	Ulrike Künnemann Ratsmitglied
	Dr. Iris Ober Ratsmitglied	Klaus Rees Ratsmitglied
Die Linke	Barbara Schmidt Ratsmitglied	Dr. Dirk Schmitz Ratsmitglied
FDP	Friedhelm Bolte Ratsmitglied	Florian Sander Ratsmitglied
BfB	Johannes Delius Ratsmitglied	Gerd-Peter Grün Ratsmitglied

Wahlprüfungsausschuss

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Detlef Werner Ratsmitglied	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied
	Wilhelm Kleinesdar Ratsmitglied	Monika Kammeier Ratsmitglied
	Carsten Krumhöfner Ratsmitglied	Ralf Nettelstroth Ratsmitglied
	Klaus-Dieter Hoffmann Ratsmitglied	Andreas Rüter Ratsmitglied
SPD	Brigitte Biermann Ratsmitglied	Fredrik Suchla Ratsmitglied
	Karin Schrader Ratsmitglied	Ingo Stucke Ratsmitglied
	Wilfried Schrammen sachk. Bürger	Hans Hamann Ratsmitglied
	Regine Weißenfeld Ratsmitglied	Sylvia Gorsler Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	Klaus Rees Ratsmitglied	Dr. Ingetraud Schulze Ratsmitglied
	Matthias Bolte Ratsmitglied	Dr. Iris Ober Ratsmitglied
Die Linke	Dr. Dirk Schmitz Ratsmitglied	Onur Ocak Ratsmitglied
FDP	Ursula Burkert Ratsmitglied	Florian Sander Ratsmitglied
BfB	Ralf Schulze Ratsmitglied	Gerd-Peter Grün Ratsmitglied

Betriebsausschuss Informatikbetrieb Bielefeld

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Detlef Werner Ratsmitglied	Carsten Krumhöfner Ratsmitglied
	Frank Strothmann Ratsmitglied	Holger Nolte Ratsmitglied
SPD	Hans-Werner Plaßmann Ratsmitglied	Ismail Tas sachk. Bürger
	Holm Sternbacher Ratsmitglied	Nicolas Tsapos Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	Dieter Gutknecht Ratsmitglied	Klaus Rees Ratsmitglied
Die Linke	Dr. Dirk Schmitz Ratsmitglied	Barbara Schmidt Ratsmitglied
FDP	Christoph Speckmann sachk. Bürger	Markus Gronemeier sachk. Bürger
BfB	Thomas Rüscher sachk. Bürger	Jochen Schwinger sachk. Bürger

Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Ralf Nettelstroth Ratsmitglied	Elke Grünewald Ratsmitglied
	Hartmut Meichsner Ratsmitglied	Holger Nolte Ratsmitglied
	Wilhelm Kleinesdar Ratsmitglied	Stefan Röwekamp Ratsmitglied
	Erwin Jung Ratsmitglied	Carsten Krumhöfner Ratsmitglied
	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied	Monika Kammeier Ratsmitglied
SPD	Dorothea Brinkmann Ratsmitglied	Menderes Candan sachk. Bürger
	Hans-Jürgen Franz sachk. Bürger	Hans Hamann Ratsmitglied
	Marcus Lufen Ratsmitglied	Lars Nockemann Ratsmitglied
	Hans-Werner Plaßmann Ratsmitglied	Horst Schaede sachk. Bürger
	Holm Sternbacher Ratsmitglied	Barbara Schneider Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	Dieter Gutknecht Ratsmitglied	Dr. Ingetraud Schulze Ratsmitglied
	Klaus Rees Ratsmitglied	Jens Julkowski-Keppler

Die Linke	Onur Ocak Ratsmitglied	Barbara Schmidt Ratsmitglied
FDP	Claus Grünhoff sachk. Bürger	Sascha Furch sachk. Bürger
BfB	Winfried Huber sachk. Bürger	Hans Micketeit sachk. Bürger

Betriebsausschuss Städt. Bühnen und Philh. Orchester der Stadt Bielefeld

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Ricarda Osthus Ratsmitglied	Andreas Rütter Ratsmitglied
	Marcus Kleinkes Ratsmitglied	Petra Brinkmann Ratsmitglied
	Dr. Christian von der Heyden Ratsmitglied	Wilhelm Kleinesdar Ratsmitglied
	Klaus-Dieter Hoffmann Ratsmitglied	Carsten Krumhöfner Ratsmitglied
	Andrea Niederfranke Ratsmitglied	Detlef Werner Ratsmitglied
SPD	Sylvia Gorsler Ratsmitglied	Fritz Achelpöhler sachk. Bürger
	Gerd Kranzmann Ratsmitglied	Peter Bauer sachk. Bürger
	Horst Schaede sachk. Bürger	Regina Klemme- Linnenbrügger Ratsmitglied
	Barbara Schneider Ratsmitglied	Deniz Metin sachk. Bürger
	Ingo Stucke Ratsmitglied	Lars Nockemann Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	Hartmut Geil sachk. Bürger	Lina Keppler Ratsmitglied
	Arnold Schulz sachk. Bürger	Hannelore Pfaff Ratsmitglied
Die Linke	Florian Straetmanns sachk. Bürger	Sevim Turan-Karadag sachk. Bürger
FDP	Jasmin Wahl-Schwentker sachk. Bürgerin	Ursula Burkert Ratsmitglied
BfB	Dorothea Becker sachk. Bürgerin	Ursula Lümke sachk. Bürgerin

**beratendes Ratsmitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:
Bürgernähe Dr. Harald Wixforth**

Betriebsausschuss des Umweltbetriebs

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Detlef Werner Ratsmitglied	Hartmut Meichsner Ratsmitglied
	Wilhelm Kleinesdar Ratsmitglied	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied
	Stefan Röwekamp Ratsmitglied	Klaus-Dieter Hoffmann Ratsmitglied
	Holger Nolte Ratsmitglied	Marcus Kleinkes Ratsmitglied
	Ralf Nettelstroth Ratsmitglied	Dr. Christian von der Heyden Ratsmitglied
SPD	Dorothea Brinkmann Ratsmitglied	Brigitte Biermann Ratsmitglied
	Hans Hamann Ratsmitglied	Reiner Blum sachk. Bürger
	Regina Klemme-Linnenbrügger Ratsmitglied	Hassan Kazaz sachk. Bürger
	Reinhard Wellenbrink sachk. Bürger	Hannah Voigt sachk. Bürgerin
	Andreas Winter sachk. Bürger	Hanne Wünscher sachk. Bürgerin
Bündnis 90/ Die Grünen	Dr. Jörg van Norden Ratsmitglied	Rainer Hahn sachk. Bürger
	Dieter Gutknecht Ratsmitglied	Karl-Ernst Stille sachk. Bürger
Die Linke	Friedrich Straetmanns sachk. Bürger	Carsten Strauch sachk. Bürger
FDP	Detlef Niemeyer sachk. Bürger	Friedhelm Bolte Ratsmitglied
BfB	Gerd-Peter Grün Ratsmitglied	Peter Pfeiffer sachk. Bürger

Bürgerausschuss

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied	Klaus-Dieter Hoffmann Ratsmitglied
	Elke Grünewald Ratsmitglied	Stefan Röwekamp Ratsmitglied
	Monika Kammeier Ratsmitglied	Hartmut Meichsner Ratsmitglied
	Erwin Jung Ratsmitglied	Frank Strothmann Ratsmitglied
	Carsten Krumhöfner Ratsmitglied	Michael Weber Ratsmitglied

SPD	Brigitte Biermann Ratsmitglied	Hans Hamann Ratsmitglied
	Sylvia Gorsler Ratsmitglied	Barbara Schneider Ratsmitglied
	Lars Nockemann Ratsmitglied	Ingo Stucke Ratsmitglied
	Hans-Werner Pläßmann Ratsmitglied	Frauke Viehmeister sachk. Bürgerin
	Nicolas Tsapos Ratsmitglied	Gerhard Wäschebach sachk. Bürger
Bündnis 90/ Die Grünen	Jens Julkowski-Keppler Ratsmitglied	Matthias Bolte Ratsmitglied
	Dr. Iris Ober Ratsmitglied	Klaus Rees Ratsmitglied
Die Linke	Durmus Alici sachk. Bürger	Günter Seib sachk. Bürger
FDP	Anja Lausten sachk. Bürgerin	Thomas Seidenberg sachk. Bürger
BfB	Gerhard Harenkamp sachk. Bürger	Johannes Delius Ratsmitglied

Kulturausschuss

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Ricarda Osthus Ratsmitglied	Andreas Rüther Ratsmitglied
	Marcus Kleinkes Ratsmitglied	Petra Brinkmann Ratsmitglied
	Dr. Christian von der Heyden Ratsmitglied	Wilhelm Kleinesdar Ratsmitglied
	Klaus-Dieter Hoffmann Ratsmitglied	Carsten Krumhöfner Ratsmitglied
	Andrea Niederfranke Ratsmitglied	Detlef Werner Ratsmitglied
SPD	Peter Bauer sachk. Bürger	Prof. Dr. Andreas Beaugrand sachk. Bürger
	Regina Klemme- Linnenbrügger Ratsmitglied	Brigitte Biermann Ratsmitglied
	Gerd Kranzmann Ratsmitglied	Lars Nockemann Ratsmitglied
	Inge Selle sachk. Bürgerin	Jörg Rodermund sachk. Bürger
	Ingo Stucke Ratsmitglied	Barbara Schneider Ratsmitglied

Bündnis 90/

Die Grünen

Lina Keppler
Ratsmitglied

Hartmut Geil
sachk. Bürger

Die Linke

Florian Straetmanns
sachk. Bürger

FDP

Ursula Burkert
Ratsmitglied

BfB

Dorothea Becker
sachk. Bürgerin

Arnold Schulz
sachk. Bürger

Hannelore Pfaff
Ratsmitglied

Sevim Turan-Karadag
sachk. Bürger

Angelika Wilmsmeier
sachk. Bürgerin

Ursula Lümekmann
sachk. Bürgerin

Schul- und Sportausschuss

CDU

ordentliche Mitglieder

Andreas Rüther
Ratsmitglied

Petra Brinkmann
Ratsmitglied

Marcus Kleinkes
Ratsmitglied

Elke Grünwald
Ratsmitglied

Alexandra Heckeroth
sachk. Bürgerin

SPD

Gerd Kranzmann
Ratsmitglied

Lars Nockemann
Ratsmitglied

Fredrik Suchla
Ratsmitglied

Frauke Viehmeister
sachk. Bürgerin

Thomas Wandersleb
sachk. Bürger

stellvertretende Mitglieder

Holger Nolte
Ratsmitglied

Carsten Krumhöfner
Ratsmitglied

Normann Graeser
sachk. Bürger

Andreas Mamerow
sachk. Bürger

Rolf Krieg
sachk. Bürger

Erik Brücher
sachk. Bürger

Marcus Lufen
Ratsmitglied

Riza Öztürk
sachk. Bürger

Hans-Werner Plaßmann
Ratsmitglied

Alexandra Wend
sachk. Bürgerin

Bündnis 90/

Die Grünen

Dr. Ingetraud Schulze
Ratsmitglied

Hannelore Pfaff
Ratsmitglied

Die Linke

Onur Ocak
Ratsmitglied

FDP

Ursula Burkert
Ratsmitglied

BfB

Gerd-Peter Grün
Ratsmitglied

Matthias Bolte
Ratsmitglied

Faraj Remmo
sachk. Bürger

Bernd Schatschneider
sachk. Bürger

Florian Sander
Ratsmitglied

Ludger Micke
sachk. Bürger

beratende Mitglieder

Kath. Kirche **Günter Kunert**

Ev. Kirche **Andrea Seils**

stellv. beratende Mitglieder

Kath. Kirche **Stefan Samulowitz**

Ev. Kirche **Dirk Hanneforth**

Sozial- und Gesundheitsausschuss

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Michael Weber Ratsmitglied	Marcus Kleinkes Ratsmitglied
	Andrea Niederfranke Ratsmitglied	Dr. Christian von der Heyden Ratsmitglied
	Monika Kammeier Ratsmitglied	Holger Nolte Ratsmitglied RM
	Erwin Jung Ratsmitglied	Sönke Völker sachk. Bürger
	Ricarda Osthus Ratsmitglied	Manfred Schön skB
SPD	Günter Garbrecht Ratsmitglied	Friedhelm Donath sachk. Bürger
	Cemile Gündogdu sachk. Bürgerin	Norbert Gerth sachk. Bürger
	Martin Kaufmann sachk. Bürger	Frederik Suchla Ratsmitglied
	Barbara Schneider Ratsmitglied	Heinz-Joachim Weber sachk. Bürger
	Karin Schrader Ratsmitglied	Regine Weißenfeld Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	E. Rathsmann-Kronshage Ratsmitglied	Ulrike Mann sachk. Bürgerin
	Dr. Iris Ober Ratsmitglied	Joachim Hood sachk. Bürger
Die Linke	Dr. Dirk Schmitz Ratsmitglied	Marlis Bußmann sachk. Bürger
FDP	Harald Buschmann Ratsmitglied	Gregor Spalek sachk. Bürger
BfB	Christiane Cascante-Maristany sachk. Bürgerin	Rolf Rüdiger Schuster sachk. Bürger

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Hartmut Meichsner Ratsmitglied	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied
	Ralf Nettelstroth Ratsmitglied	Stefan Röwekamp Ratsmitglied
	Wilhelm Kleinesdar Ratsmitglied	Erwin Jung Ratsmitglied
	Carsten Krumhöfner Ratsmitglied	Elke Grünwald Ratsmitglied
	Holger Nolte Ratsmitglied	Steve Wasyliw sachk. Bürger

SPD	Regina Klemme-Linnenbrügger Ratsmitglied	Dorothea Brinkmann Ratsmitglied
	Detlef Knabe sachk. Bürger	Menderes Candan sachk. Bürger
	Marcus Lufen Ratsmitglied	Horst Grube Ratsmitglied
	Hans-Werner Plaßmann Ratsmitglied	Regina Kopp-Herr Ratsmitglied
	Karin Schrader Ratsmitglied	Ulrich Windhager sachk. Bürger
Bündnis 90/ Die Grünen	Dr, Jörg van der Norden Ratsmitglied	Peter Stockinger sachk. Bürger
	Rainer Hahn sachk. Bürger	Claudia Heidsiek sachk. Bürgerin
Die Linke	Benni Stiesch sachk. Bürger	Norbert Baumann sachk. Bürger
FDP	Jens Andernacht sachk. Bürger	Friedhelm Bolte Ratsmitglied
BfB	Alexander Spiegel von und zu Peckelsheim sachk. Bürger	Barbara Pape sachk. Bürgerin
	beratendes Ratsmitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW: Bürgernähe	Martin Schmelz

Stadtentwicklungsausschuss

	<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>stellvertretende Mitglieder</u>
CDU	Ralf Nettelstroth Ratsmitglied	Gerhard Henrichsmeier Ratsmitglied
	Hartmut Meichsner Ratsmitglied	Wilhelm Kleinesdar Ratsmitglied
	Stefan Röwekamp Ratsmitglied	Erwin Jung Ratsmitglied
	Holger Nolte Ratsmitglied	Elke Grünewald Ratsmitglied
	Klaus-Dieter Hoffmann Ratsmitglied	Dr. Vasilios Lepentiotis sachk. Bürger
SPD	Dorothea Brinkmann Ratsmitglied	Regina Klemme-Linnenbrügger Ratsmitglied
	Frank Diembeck sachk. Bürger	Detlef Knabe sachk. Bürger
	Hans-Georg Fortmeier Ratsmitglied	Marcus Lufen Ratsmitglied
	Hans-Jürgen Franz sachk. Bürger	Markus Müller sachk. Bürger
	Horst Grube Ratsmitglied	Ulrich Säger sachk. Bürger

Bündnis 90/ Die Grünen	Jens Julkowski-Keppler Ratsmitglied M Marianne Weiß sachk. Bürgerin	Dieter Gutknecht Ratsmitglied Heiko Rohde sachk. Bürger
Die Linke	Onur Ocak Ratsmitglied	Peter Ridder-Wilkens sachk. Bürger
FDP	Friedhelm Bolte Ratsmitglied	Jens Andernacht sachk. Bürger
BfB	Barbara Pape sachk. Bürgerin	Alexander Spiegel von und zu Peckelsheim sachk. Bürger

beratendes Ratsmitglied nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:
Bürgernähe **Martin Schmelz**

Im Wahlprüfungsausschuss gilt die persönliche Stellvertretung, in den übrigen Ausschüssen die unpersönliche Stellvertretung in der Reihenfolge der Liste der Fraktionen.

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 12 Wahl der stimmberechtigten Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (2009 - 2014)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0001/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Aufgrund von einheitlichen Wahlvorschlägen werden als stimmberechtigte Mitglieder bzw. als deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter in den Jugendhilfeausschuss (JHA) gewählt:

1. 9 Mitglieder des Rates der Stadt Bielefeld oder in der Jugendhilfe erfahrene Frauen und Männer :

CDU	<u>ordentl. Mitglieder</u>	<u>stellv. Mitglieder</u>
	Langeworth, André sachk. Bürger	Weber, Michael Ratsmitglied
	Brinkmann, Petra Ratsmitglied	Niederfranke, Andrea Ratsmitglied
	Krumhöfner, Carsten Ratsmitglied	Dr. Jeremias, Fabian sachk. Bürger

SPD	Regina Kopp-Herr Ratsmitglied	Ridvan Ciftci sachk. Bürger
	Frederik Suchla Ratsmitglied	Karin Schrader Ratsmitglied
	Regine Weißenfeld Ratsmitglied	Jan-Hendrik Stute sachk. Bürger
Bündnis 90/ Die Grünen	Bolte, Matthias Ratsmitglied	Hellweg, Doris sachk. Bürgerin
Die Linke	Ilgün, Ayhan Ratsmitglied	Ridder-Wilkens, Peter sachk. Bürger
FDP	Sander, Florian Ratsmitglied	Afradi, Roga Sahba sachk. Bürgerin

2. **6 Frauen und Männer auf Vorschlag der im Bereich der Stadt Bielefeld wirkenden und anerkannten Träger der freien Jugendhilfe:**

<u>ordentl. Mitglieder</u>	<u>stellv. Mitglieder</u>
Voigt, Anja (<i>Ev. Jugend e.V.</i>)	Gronowski, Matthias (<i>Ev. Jugend e.V.</i>)
Bauer, Peter (<i>SDJ - Die Falken</i>)	Gödde, Ulrich (<i>SDJ - Die Falken</i>)
Lemhoefer, Dirk (<i>Sportjugend</i>)	Albers, Claudia (<i>Spielen mit Kindern e.V.</i>)
Potschies, Rolf (<i>AWO</i>)	Mösenmeier, Elisabeth (<i>Caritas</i>)
Walczak, Gabriele (<i>Ev. Gemeindedienst</i>)	Onckels, Bernd (<i>Diakonie Verband Brackwede</i>)
Adams, Erwin (<i>Der Paritätische</i>)	Beimdiek, Michael (<i>DRK</i>)

Es gilt die persönliche Stellvertretung.

Zu Ziffer 1: - einstimmig beschlossen -

Zu Ziffer 2: - einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 13

Verteilung der Ausschussvorsitze und stellvertretenden Ausschussvorsitze auf die Fraktionen

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund der Einigung der Fraktion werden die Ausschussvorsitze wie folgt auf die Fraktionen verteilt:

Haupt- und Beteiligungsausschuss

Vorsitz		Oberbürgermeister Clausen
Stellv. Vorsitz	CDU	Ralf Nettelstroth

Finanz- und Personalausschuss

Vorsitz	CDU	Rainer Lux
Stellv. Vorsitz	B90/Grüne	Klaus Rees

Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitz	FDP	Friedhelm Bolte
Stellv. Vorsitz	Die Linke	Barbara Schmidt

Wahlprüfungsausschuss

Vorsitz	SPD	Brigitte Biermann
Stellv. Vorsitz	FDP	Ursula Burkert

Betriebsausschuss Informatikbetrieb

Vorsitz	CDU	Detlef Werner
Stellv. Vorsitz	SPD	Hans-Werner Plaßmann

Betriebsausschuss Immobilienservicebetrieb

Vorsitz	CDU	Hartmut Meichsner
Stellv. Vorsitz	SPD	Holm Sternbacher

Betriebsausschuss Städt. Bühnen und Philh. Orchester

Vorsitz	CDU	Ricarda Osthus
Stellv. Vorsitz	SPD	Barbara Schneider

Betriebsausschuss Umweltbetrieb

Vorsitz	SPD	Dorothea Brinkmann
Stellv. Vorsitz	CDU	Detlef Werner

Bürgerausschuss

Vorsitz	B 90/Grüne	Dr. Iris Ober
Stellv. Vorsitz	SPD	Brigitte Biermann

Kulturausschuss

Vorsitz	SPD	Ingo Stucke
Stellv. Vorsitz	CDU	Ricarda Osthus

Schul- und Sportausschuss

Vorsitz	CDU	Andreas Rüter
Stellv. Vorsitz	SPD	Gerd Kranzmann

Sozial- und Gesundheitsausschuss

Vorsitz	SPD	Günter Garbrecht
Stellv. Vorsitz	B 90/Grüne	Elisabeth Rathsmann-Kronshage

Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Vorsitz	B 90/Grüne	Dr. Jörg van Norden
Stellv. Vorsitz	CDU	Hartmut Meichsner

Stadtentwicklungsausschuss

Vorsitz	SPD	Georg Fortmeier
Stellv. Vorsitz	CDU	Ralf Nettelstroth

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 14

Wahl der Beisitzerinnen/Beisitzer und Stellvertreterinnen/Stellvertreter des Wahlausschusses für die Wahl des Integrationsrates am 7. Februar 2010

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0043/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlags werden als Beisitzerinnen und Beisitzer des Wahlausschusses für die Wahl des Integrationsrates am 7. Februar 2010 gewählt:

	<u>als Beisitzerin/Beisitzer</u>	<u>als Stellvertreterin/ Stellvertreter</u>
1. CDU	Andreas Rüter Ratsmitglied	Detlef Werner Ratsmitglied
2. CDU	Sabriye Ildan sachk. Bürgerin	Susana Pereira Streitbürger sachk. Bürgerin
3. SPD	Brigitte Biermann Ratsmitglied	Marcus Lufen Ratsmitglied
4. SPD	Hans Hamann Ratsmitglied	Regine Weißenfeld Ratsmitglied

- | | | | |
|----|-----------------------------------|---|--|
| 5. | Bündnis 90/
Die Grünen | Elisabeth Rathsmann-
Kronshage
Ratsmitglied | Dr. Iris Ober
Ratsmitglied |
| 6. | Die Linke | Dietmar Hölscher
sachk. Bürger | Ralf Formanski
sachk. Bürger |

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 15 Besetzung der Partnerschaftskommission 2009-2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0094/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages wird die Partnerschaftskommission in der Wahlperiode 2009-2014 wie folgt besetzt:

Mitglieder

<u>Fraktion</u>	<u>ordentl. Mitglieder</u>	<u>stellv. Mitglieder</u>
	Oberbürgermeister Clausen (Vorsitz)	
CDU	Rainer Lux Ratsmitglied	Ricarda Osthus Ratsmitglied
CDU	Detlef Werner Ratsmitglied	Andreas Rüter Ratsmitglied
SPD	Horst Grube Bürgermeister	Hans-Georg Fortmeier Ratsmitglied
SPD	Ingo Stucke Ratsmitglied	Brigitte Biermann Ratsmitglied
Bündnis 90/ Die Grünen	Dr. Ingetraud Schulze Ratsmitglied	Ulrike Künnemann Ratsmitglied
Die Linke	Barbara Schmidt Ratsmitglied	Onur Ocak Ratsmitglied
FDP	Harald Buschmann Ratsmitglied	Friedhelm Bolte Ratsmitglied
BfB	Gerd-Peter Grün Ratsmitglied	Ralf Schulze Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

<u>Vertreter/-in von</u>	<u>ordentl. Mitglieder</u>	<u>stellv. Mitglieder</u>
Stadtbezirk Brackwede	Regina Kopp-Herr Bezirksvorsteherin	Franz-Peter Diekmann stellv. Bezirksvorsteher
Stadtbezirk Senne	Gerhard Haupt Bezirksvorsteher	Karin Schrader stellv. Bezirksvorsteherin
Welt-Haus/ Städtepartner- schaft Esteli	Erika Stückrath	Reinhard Jenke
Gesellschaft der Freunde Rochdales e.V.	Verena Lösing	Veronika Hagemeyer
Deutsch-Israelische Gesellschaft	Günther Tiemann	Dr. Klaus Kreppel
Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit	Martin Féaux de Lacrois	
Kuratorium Städte- partnerschaft Bielefeld Welikij Nowgorod e.V,	Brunhild Hilf	Dr. William Rotsel
Deutsch-Polnische Gesells	Ute Sauer	Dr. Irene Hemfler

- einstimmig beschlossen -

Herr Oberbürgermeister Clausen hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 16

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/Br 33 "Gellersbreede" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB, begrenzt durch die Straße Lämmkenstatt im Norden, durch die Stedefreunder Straße im Osten, durch die südliche Randbebauung der Straße Am Bohnenkamp im Süden und durch die Wegetrasse im Westen;
- Stadtbezirk Heepen -
- Beschluss über Stellungnahmen / - Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7205/2004-2009

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 (1) BauGB werden gemäß Vorlage A.1 in der Planung berücksichtigt (Ifd. Nr. 1-10).
2. Den Stellungnahmen der Bürger und der Öffentlichkeit im Verfahren gemäß § 3 (2) BauGB wird gemäß Vorlage A.2 nicht stattgegeben (Ifd. Nr. 11-13).
3. Der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer im Verfahren gemäß § 3 (2) BauGB wird gemäß Vorlage A.2 nicht stattgegeben (Ifd. Nr. 14).
4. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen geringfügigen Änderungen und Ergänzungen der Planunterlagen werden gemäß Vorlage A.2 beschlossen (Ifd. Nr. 15-18).
5. Der Bebauungsplan Nr. III/Br 33 „Gellersbreite“ wird mit den textlichen Festsetzungen als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
6. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. III/Br 33 „Gellersbreite“ wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
7. Der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. III/Br 33 „Gellersbreite“ ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 17

Satzung für die Anordnung einer Veränderungssperre für ein Grundstück an der Herforder Straße / Ecke Heilbronner (Gemarkung Milse, Flur 1, Flurstück 460) (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III / M 8 "Fischerheide" - Teilfläche C)
- Stadtbezirk Heepen -
Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0037/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

B e s c h l u s s:

Die der Beschlussvorlage als Anlage beigefügte Satzung über die Anordnung einer Veränderungssperre für ein Grundstück an der

Herforder Straße / westlich der Heilbronner Straße (Gemarkung Milse, Flur 1, Flurstück 460) (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/ / M 8 „Fischerheide“ – Teilfläche C) wird beschlossen. Für die genaue Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan im Maßstab 1:1000 vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

Zu Punkt 17.1

Dringlichkeitspunkt
Stadtumbau West Sennestadt
hier: Durchführung eines freiraumplanerischen Wettbewerbs

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0055/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt der Durchführung eines freiraumplanerischen Wettbewerbs zur Neugestaltung des Grünzuges Bullerbachtal und des Ost-West-Grünzuges in Sennestadt zu.

- bei 2 Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 17.2

Gremien, in die der Rat Vertreter/-innen entsendet
hier: Zweckverband Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe
-Verbandsversammlung

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Aufgrund eines einheitlichen Wahlvorschlages entsendet der Rat folgende Vertreterinnen/Vertreter in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Ostwestfalen-Lippe:

Vertreterin/Vertreter

1. **Gregor Moss**
Beigeordneter
2. **Hartmut Meichsner**
Ratsmitglied
3. **Holger Nolte**
Ratsmitglied

Stellvertretung:

- Reinhard Thiel**
Leiter des Amtes für Verkehr
- Klaus-Dieter Hoffmann**
Ratsmitglied
- Carsten Krumhöfner**
Ratsmitglied

4. **Horst Grube**
Bürgermeister

5. **Dieter Gutknecht**
Ratsmitglied

Dorothea Brinkmann
Ratsmitglied

Jens Julkowski-Keppler
Ratsmitglied

- einstimmig beschlossen -

Clausen
Oberbürgermeister
Vorsitz zu TOP 1-6 und
TOP 10-23

Helling
Bürgermeister
Vorsitz zu TOP 7-9

Stude
Schriftführerin